

„Regierung plant dritte große Umwälzung“

Linken-MdB Martina Bunge: Kein „positiv besetztes Wort“ für Gesundheitspolitik

flk **Dannenberg.** Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai wird die Regierungskoalition in Berlin ihre Pläne für eine weitere Reform der Krankenversicherung vorlegen. Was da geplant wird, führt nach den Erwartungen von Martina Bunge, Bundestagsabgeordnete der Linken und ehemalige Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, sehr schnell zu einem Anwachsen der Proteste. In der Ablehnung der Kopfpauschale seien sich alle drei Oppositionsfraktionen des Bundestages – SPD, Linke und Grüne – einig. Die Regierung plane die dritte große gesellschaftspolitische Umwälzung nach Hartz IV und der Ren-

tenkürzung. Bunge sprach in Dannenberg auf Einladung des Kreisverbandes der Linken.

Bunge wandte sich gegen die Behauptung, den Sozialausgleich für die Kopfpauschale würden als Steuerzahler nur die Besserverdienenden bezahlen müssen. Damit werde die Kopfpauschale als sozial gerecht verkauft. Tatsächlich würde der Ausgleich aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu begleichen sein. Und das stammt zu zwei Dritteln aus anderen Quellen als der Einkommenssteuer, etwa Lohn- oder Mehrwertsteuer, meinte Bunge in Dannenberg. Für die Mehrwertsteuer erwartet sie nach der Nordrhein-Westfalenwahl eine Erhöhung.

Das Defizit bei den Krankenkassen passe Gesundheitsminister Philipp Rösler ins Konzept. Es diene ihm als Argument für die Einführung der Kopfpauschale. Die jetzt von einigen Kassen erhobenen Zusatzbeiträge seien nach Ansicht der ehemaligen Sozialministerin nicht nötig. Man brauche lediglich für die Hartz-IV-Empfänger die durchschnittliche Beitragshöhe anzurechnen, anstatt Beiträge weit unter Durchschnitt zu erstatten. In Wirklichkeit führe die Kopfpauschale innerhalb weniger Jahre in eine Dreiklassenmedizin. Wer heute gängige Behandlung wolle, wird zuzahlen müssen, meinte Bunge.

Die Abgeordnete stellte den

Plänen der Regierung die Vorstellungen ihrer Partei gegenüber. Danach sollte die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung abgeschafft werden. Alle Bürger wären in einer gesetzlichen Versicherung mit einem bundesweit geltenden, einkommensabhängigen Beitragssatz. Für die Berechnung werden alle Arten von Einkommen, nicht nur das Arbeitseinkommen, angerechnet. „Die Last muss auf alle Schultern verteilt werden“, erklärte Bunge. Die auf diese Weise erreichbaren Einnahmen würden ausreichen, den Beitragssatz von fast 15 Prozent auf weniger als zehn Prozent abzusenken und die Praxisgebühr abzuschaffen.



Über die Gesundheitsreform referierte die Bundestagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherei der Linke-Fraktion Dr. Martina Bunge in Dannenberg. Rechts Hermann Taubenger vom Vorstand des Linken-Kreisverbandes
Aufn.: K.-F. Kassel

Die Bundestagsabgeordnete warb für das Modell einer medizinischen Versorgung über Polikliniken. Das sei keine Erfindung der DDR gewesen. Deren Mangel dort sei die zu geringe finanzielle Ausstattung gewesen. Bunge wandte sich gegen die Absicht von Minister Rösler, die

Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Fonds finanzieren zu lassen. „Das ist absurd“, meinte Bunge. Gerade Pensionfonds hätten sich in der Finanzkrise weltweit in Luft aufgelöst. Es sei schwer, positiv besetzte Worte für die aktuelle Gesundheitspolitik zu finden.